

Zwölf Jahre später, am 2. Oktober 1989, kündigte die liberianische Regierung jedoch an, daß sie nunmehr mit der Republik China auf Taiwan diplomatische Beziehungen anknüpfe. Ein entsprechendes gemeinsames Kommuniqué wurde am 9. Oktober 1989 unterzeichnet.

Beijing reagierte daraufhin am 10. Oktober mit einer "Unterbrechung" der diplomatischen Beziehungen zu Liberia. Der liberianische Schritt ziele darauf ab, "zwei Chinas" oder "ein China und ein Taiwan" zu schaffen - beides Lösungen, die für China inakzeptabel seien und die im übrigen auch den Prinzipien des Gemeinsamen Kommuniqués vom 17. Februar 1977 über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen beiden Seiten widersprächen. (Näheres dazu C.a., Oktober 1989, Ü 8)

Schon vorher waren einige andere Kleinstaaten wie Grenada und Belize zu Taiwan übergeschwenkt, weil dieses mit seiner "flexiblen Außenpolitik" (tanxin wajiao) attraktive finanzielle Angebote gemacht hatte. Auch sonst konnte Taiwan noch eine Reihe von diplomatischen Erfolgen gegen Beijing erzielen, so z.B. im Falle Lesothos, Guinea-Bissaus und Nicaraguas.

In der Zwischenzeit scheinen manche dieser Regierungen das "Überläufer-tum" zu bereuen.

Als erster Staat hat sich Liberia zu Wort gemeldet, nachdem infolge eines Staatsstreichs eine neue politische Elite an die Macht gekommen ist.

Am 10. August 1993 kam es zur Unterzeichnung eines Gemeinsamen Kommuniqués, in dem beide Seiten bekanntgeben, daß sie die diplomatischen Beziehungen auf der Basis der Fünf Prinzipien der Koexistenz "wiederaufnehmen". Die Regierung der VR China und die "Interimsregierung der Nationalen Einheit der Republik Liberia" wollten Botschafter austauschen. China unterstütze die Bemühungen der neuen Regierung bei ihrer Politik der nationalen Wiederversöhnung. Umgekehrt erkenne die Interimsregierung Liberias an, daß die Regierung der Volksrepublik China die einzige das chinesische Volk repräsentierende Regierung und daß Taiwan ein untrennbarer Bestandteil des Territoriums der VR Chinas sei. (XNA, 11.8.93)

Ein reumütiger Sünder ist zur Beijinger Front zurückgekehrt und wird dort großmütig wiederaufgenommen.

Die Regierung in Taipeh wird sich nun einige Mühe geben müssen, zu verhindern, daß Liberia nicht zu einem Präzedenzfall für andere wankelmütige Partner der RCh wird! -we-

Innenpolitik

*(7)

Deng Xiaopings 89. Geburtstag

Am 22. August 1993 beging Deng Xiaoping in seinem frisch renovierten Heim in Beijing im Kreise seiner Familie und engsten Mitarbeiter seinen 89. Geburtstag. ZK-Generalsekretär Jiang Zemin überbrachte am Vormittag die Grüße der Partei- und Armeeführung und danach machten einige mit Deng eng verbundene Partei- und Armeeveteranen ihre Aufwartung, darunter Wan Li, Bo Yibo, Gu Mu, Li Desheng, Yang Dezhi und Zhang Aiping. Deng war am 19. August von einem rund zweimonatigen Aufenthalt im Prominentenseebad Beidaihe in die Hauptstadt zurückgekehrt. - Soweit die Informationen der Hongkonger Zeitschrift *Zhengming* über ein Ereignis, über das in den Medien der VRCh nicht berichtet wurde. (ZM, 9/1993, S. 11)

Da Deng Xiaoping in diesem Sommer zum ersten Mal nicht im Meer schwimmend gesichtet worden und zuletzt am 22. Januar öffentlich aufgetreten war, wähten ihn eine Reihe von chinesischen und ausländischen Beobachtern schon auf dem Totenbett, zumindest aber schwer erkrankt - ein Gerücht, das von offizieller Seite hartnäckig dementiert wurde (SCMP, 2./23.8.93). Der stellvertretende NVK-Vorsitzende Wang Hanbin erklärte Ende August 1993 in einem Interview mit einer Hongkonger Wochenzeitung, daß Dengs Gesundheitszustand "sehr gut" sei und daß es ihm besser gehe als zu Beginn dieses Jahres. Medizinische Untersuchungen hätten gezeigt, daß seine inneren Organe in Ordnung seien. Auch sein Geist sei klar. Allerdings sei er nicht mehr so gut auf den Beinen. Deng lese jeden Tag mehrere Stunden Dokumente, darunter die Artikel, die in die *Ausgewählten Werke*

Deng Xiaopings aufgenommen werden sollen - ein Buch, das gegenwärtig redigiert werde. (SCMP, 28.8.93)

Am Tag des Geburtstags von Deng druckte das ZK-Organ *Volkszeitung* zum Thema Deng lediglich einen kurzen Artikel über die von VBA-Verlagen veröffentlichten Deng-Schriften ab. Die Überschrift lautet: "Die Werke Deng Xiaopings stellen ein grundlegendes Lehrmaterial für die gesamte Armee dar". In dem Artikel wird darauf verwiesen, daß die Armeeverlage Chinas seit Ende 1978 insgesamt 56 verschiedene Bücher und andere Publikationen im Zusammenhang mit Dengs Werken herausgegeben hätten. Die Gesamtauflage belaufe sich auf 15 Mio. Exemplare. - Direkt neben dem Artikel über Dengs Werke war ein Bericht über die Herausgabe des Buches *Ausgewählte Handschriften von Mao Zedong* plazierte worden. Dieses Buch erscheint im Rahmen der geplanten umfangreichen Aktivitäten zum Gedenken an den 100. Geburtstag von Mao Zedong am 26. Dezember 1993. (RMRB, 22.8.93)

Die *Volkszeitung* hatte bereits am 13. August das Vorwort und das erste Kapitel des ersten Bandes der Deng-Biographie *Mein Vater Deng Xiaoping*, der Mitte September erscheinen soll, veröffentlicht. Verfasserin ist die jüngste Tochter Dengs, die 43jährige Deng Rong (alias Xiao Rong alias Mao Mao). Mit Ausnahme des ersten Kapitels, das den Tag des formellen Rückzugs von Deng aus der Politik am 8. November 1989 beschreibt, beschäftigt sich der erste Band der Deng-Biographie mit dem Leben und Wirken des Revolutionsveteranen vor 1949.

Auszüge aus der Deng-Biographie waren erstmals am 31. Juli von der *Zeitung der Befreiungsarmee* veröffentlicht worden, zusammen mit einem langen Interview mit dem Kompilator der Biographie, Zhou Zhixing, der einige interessante Details aus dem Leben Dengs bekanntgab und einige seiner Gewohnheiten beschrieb. So soll Deng ein begeisterter Fußballfan sein. Er soll eine Vorliebe für französische Weine und Kaffee haben und gerne französisches Baguette mit Käse sowie Croissants essen. Auch Kartoffeln kann Deng angeblich etwas Positives abgewinnen. Europäische klassische Musik mag er hingegen nicht, dagegen umso mehr die klassische Beijing-Oper. (*Jiefangjun Bao*, 31.7.93, in SWB, 9.8.93; teilweise auch in BRU, 35/1993, S. 24-29)

Aus der Deng-Biographie soll u.a. auch hervorgehen, daß Deng Xiaoping Anfang der 20er Jahre während seiner Zeit in Frankreich stark von Zhou Enlai beeinflusst wurde und daß Zhou Dengs Vorbild war. Zhou wiederum erwiderte die Wertschätzung Dengs ihm gegenüber, indem er sich lobend über Dengs Arbeit kurz vor seinem Tod äußerte. (SCMP, 4.8.93) Wann der zweite Teil der Deng-Biographie erscheinen wird, wurde nicht bekannt. In ihm soll die Zeit nach 1949 behandelt werden. -sch-

*(8)

ZK-Organ veröffentlicht Photo von Li Peng in Badehose

Das ZK-Organ *Volkszeitung* druckte in seiner Ausgabe vom 19. August 1993 auf der ersten Seite ein Photo von Ministerpräsident Li Peng ab, das ihn nur mit Badeshorts und Schirmmütze bekleidet an einem Strand stehend zeigt. Der Bildtitel lautet: "Ministerpräsident Li Peng in Beidaihe", und der Bildtext informiert: "Ministerpräsident Li Peng am 5. August am Badestrand von Beidaihe". Auf dem Photo zeigt sich Li lächelnd und äußerlich gesund. Narben einer oder gar zweier Herzoperationen waren auf dem Bild nicht zu erkennen - über die Erkrankung Li Pengs hatte es die wildesten Gerüchten gegeben (siehe C.a., 5/1993, Ü 6, und C.a., 6/1993, Ü 10). Mit der Veröffentlichung des Photos, auf dem am rechten unteren Rand die Datierung durch die Kamera erkennbar ist (wohl um Mutmaßungen vorzubeugen, das Photo stamme vom letzten Jahr), sollte offenbar Gerüchten entgegengetreten werden, Li Peng sei nach wie vor schwer krank und/oder in politischen Schwierigkeiten. -sch-

*(9)

Li Peng erneut öffentlich aufgetreten

Nach einem längerem Genesungsurlaub im Prominentenbadeort Beidaihe trat Ministerpräsident Li Peng am 26. August 1993 erneut öffentlich auf, als er am Vormittag mit dem thailändischen Premier Chuan Leekpai zu einem längeren Gespräch zusammentraf. Zuvor hatte Li auch an der offiziellen Begrüßungszeremonie für Chuan teilgenommen, die - wie üblich - vor der Großen Halle des Volkes abgehalten wurde. Dabei erklärte Li vor Journalisten, daß er sich "sehr gut" fühle. Auf die Frage, ob er seine Amtsgeschäfte

wieder voll aufgenommen habe, antwortete Li nicht. Am Abend gab Li Peng im Staatsgästekomplex Diaoyutai ein Bankett für den thailändischen Gast. (RMRB, 27.8.93; NZZ, 28.8.93)

Einen weiteren öffentlichen Auftritt hatte Li Peng am 30. und 31. August, als er die 8. Sitzung der Ständigen Konferenz des Staatsrats leitete, die sich mit einer Reihe von Wirtschaftsreformmaßnahmen befaßte. An der 9. Sitzung der Ständigen Konferenz des Staatsrats, die am Nachmittag des 31. August stattfand und sich mit Maßnahmen zur Korruptionsbekämpfung befaßte, nahm Li Peng jedoch nicht teil. Er beauftragte statt dessen Zhu Rongji mit der Leitung der Sitzung (RMRB, 1.9.93). Als einziges Mitglied des siebenköpfigen Ständigen Ausschusses des Politbüros hatte Li Peng auch nicht an der 2. Plenartagung der Zentralen Disziplinarkontrollkommission der KPCh vom 20. bis 25. August teilgenommen, die ebenfalls ausschließlich das Thema Korruption behandelte (RMRB, 22.8.93). -sch-

*(10)

Der Korruption zum wiederholten Male verstärkt den Kampf angesagt

Zum wiederholten Male in den vergangenen mehr als 10 Jahren seit Einleitung des marktwirtschaftlich orientierten Reformprogramms hat die KPCh-Führung im August 1993 erneut zu einem entschlossenen Kampf gegen die Korruption in Partei und Staat aufgerufen. Zu diesem Zweck kam die Zentrale Disziplinarkontrollkommission der KPCh vom 20. bis 25. August 1993 in Beijing zu ihrer 2. Plenartagung zusammen. Um die Notwendigkeit der Bekämpfung der Korruption zu unterstreichen, nahmen mit Ausnahme von Ministerpräsident Li Peng alle Mitglieder des Ständigen Ausschusses des Politbüros zeitweise an der Tagung teil. Außer 106 der 108 Mitglieder der Zentralen Disziplinarkontrollkommission nahmen Führungskader der Disziplinarkontroll- und Überwachungsorgane aller Provinzen, aller ZK- und Staatsratsorgane, der Armee und der Bewaffneten Volkspolizei an der Tagung teil. (RMRB, 22./26.8.93)

In dem von der Tagung verabschiedeten Kommuniqué wird zwar auf bereits erzielte Erfolge im Kampf gegen die Korruption hingewiesen, doch wird gleichzeitig eingestanden, daß die Korruption trotzdem weiter angestiegen ist

und sich immer mehr ausbreitet. Wenn der Korruption nicht entschlossen ein Ende gesetzt werde, werde dies zum Ruin der Partei und der Volksregierung führen und damit auch zum Scheitern der sozialistischen Modernisierung. Der Kampf gegen die Korruption müsse über einen langen Zeitraum geführt werden. Gegenwärtig gelte es, die folgenden drei Aufgaben in Angriff zu nehmen und dabei möglichst bald Erfolge vorzuweisen:

1. Die Führungskader von Partei und Staat müssen mit gutem Beispiel vorangehen.

Die Führungskader der Partei- und Regierungsorgane von Kreis- bzw. Abteilungsebene an aufwärts müssen folgende Anforderungen erfüllen:

- 1.1. Sie dürfen keinen Handel und keine Unternehmen betreiben. Sie dürfen keine bezahlten Vermittlertätigkeiten ausüben. Sie dürfen nicht ihre amtlichen Befugnisse ausnutzen, um ihren Ehepartnern, Kindern, Verwandten oder Freunden bei Handelsgeschäften und/oder Unternehmensgründungen vorteilhafte Bedingungen zu verschaffen.
- 1.2. Sie dürfen nicht gleichzeitig einen Posten (auch keinen Ehrenposten) in einem Wirtschaftsunternehmen bekleiden. Die wenigen, die mit offizieller Erlaubnis einen solchen zusätzlichen Posten bekleiden, dürfen hierfür kein Entgelt annehmen. Sie dürfen nicht die Begleichung privater Ausgaben durch untergeordnete Einheiten oder andere Betriebe bzw. Institutionen beantragen.
- 1.3. Sie dürfen sich nicht am Aktienhandel beteiligen.
- 1.4. Sie dürfen im Dienst keine Geschenke in Form von Geld und Wertpapieren annehmen. Sie dürfen keine Kreditkarten als Geschenk von untergeordneten Einheiten oder anderen Betrieben bzw. Institutionen annehmen. Sie dürfen nicht die auf öffentliche Gelder bezogenen Kreditkarten der eigenen Einheit für ihre Privatzwecke nutzen.
- 1.5. Sie dürfen nicht öffentliche Gelder nutzen, um Mitglied in einem Club zu werden, und sie dürfen

auch nicht öffentliche Gelder für kostspielige Vergnügungen verwenden.

2. Es müssen eine Reihe von großen, wichtigen Korruptionsfällen untersucht und bestraft werden. Schwerpunkte der Untersuchungen sollen die Führungsorgane und die Führungskader von Partei und Regierung, die Justizbehörden, die administrativen Vollstreckungsorgane und die Wirtschaftsverwaltungsabteilungen sowie deren Mitarbeiter sein. Ernsthafte Behinderungen der Untersuchungen müssen entschlossen bestraft werden.

3. Einige ungesunde Tendenzen, die die Bevölkerung sehr erregen, müssen beseitigt werden. Die willkürliche Erhebung von Abgaben muß landesweit eingestellt werden. Dabei ist das Schwergewicht auf die Staatsorgane und die ihnen unterstehenden Abteilungen zu legen, die ihre amtlichen Befugnisse zur willkürlichen Erhebung von Abgaben mißbrauchen. Die Verwendung öffentlicher Gelder für [private] Auslandsreisen muß eingestellt werden. Partei- und Regierungsorgane dürfen keinen Handel betreiben, und bereits von ihnen etablierte Handelsunternehmen müssen die Verbindungen zu ihren ursprünglichen Einheiten vollständig kappen. Über Einnahmen und Ausgaben muß separat Buch geführt werden. Die von den Vollstreckungsorganen eingetribenen Strafen müssen an die übergeordneten Instanzen abgeführt werden, während die notwendigen Ausgaben dieser Organe aus dem Haushalt der zuständigen lokalen Regierung zu bestreiten sind. (RMRB, 26.8.93)

Die erneute Betonung der Notwendigkeit der Bekämpfung von Korruptionserscheinungen soll auf entsprechende Äußerungen von Deng Xiaoping im Juli und August 1993 zurückgehen. Parteiintern soll es zu einem Streit zwischen orthodoxen Kräften und Reformern über die Ursachen der Korruption gekommen sein: Während orthodoxe Kräfte das marktwirtschaftlich orientierte "revisionistische" Reformprogramm dafür verantwortlich machen, bezeichnen Reformen das nur halb reformierte Wirtschaftssystem und fehlende bzw. unzureichende institutionelle Kontrollinstanzen als die Wurzeln des Korruptionsübels. (Siehe u.a. DX, 8/1993, S. 18-19; ZM, 9/1993, S. 6-8) -sch-

*(11)

Illegaler Ämterhandel

Die Nachrichtenagentur Xinhua druckte am 19. Juli 1993 in einer internen Veröffentlichung einen Bericht des Informationsbüros des Staatsrats ab, der sich mit einer Reihe von Korruptionserscheinungen beschäftigt, darunter mit dem Kauf von öffentlichen Ämtern. Der Bericht, den die Hongkonger Zeitschrift *Zhengming* in einem Artikel zusammenfassend wiedergab (ZM, 9/1993, S. 30-31), trägt den Titel "Korruption, sittlicher Verfall und ungesunde Tendenzen breiten sich in Parteiorganen, Regierungsstellen und in allen Berufen und Gewerben aus - Über die 'Funktion' des Geldes". Im folgenden werden einige Beispiele zum Thema Ämterkauf angeführt:

- In den Provinzen Shaanxi und Hebei wurden Kader, die von den Bezirkskomitees für den Dienst auf Provinzebene vorgeschlagen worden waren, von den Provinzbehörden aufgefordert, zwischen 5.000 und 20.000 Yuan an "Ausbildungs- und Anstellungskosten" (*peiyangfei, anzhiwei*) zu entrichten.

- Einige Kreise in den Provinzen Jiangxi und Hubei haben in Anzeigen Kaderstellen angeboten und darin offen die Preis dafür bekanntgegeben: Z.B. das Amt des Gemeindedirektors (*xianzhang*) für 5.000 Yuan pro Jahr oder das Amt eines stellvertretenden Kreisdirektors (*fuxianzhang*) für 30.000 Yuan pro Jahr.

- In zwei Bezirken und einer Stadt in den Provinzen Zhejiang, Sichuan und Heilongjiang wurden Führungspositionen in [Staats-]Betrieben gegen Geld feilgeboten: Z.B. der Posten eines stellvertretenden Fabrikdirektors (*fuchangzhang*) für 20.000 Yuan für ein Jahr und 50.000 Yuan für zwei Jahre oder die Position eines stellvertretenden Generaldirektors (*fuzongjingli*) für 30.000 Yuan für ein Jahr und 80.000 Yuan für zwei Jahre.

- In der Provinz Anhui boten einige Außenhandelsgesellschaften zeitlich befristete Stellen offen zum Verkauf an: Z.B. 20.000 Yuan an "Ausbildungskosten" für einen Zweijahresvertrag als Fachkraft (*yewuyuan*) oder 50.000 Yuan für einen Einjahresvertrag als stellvertretender Abteilungsdirektor (*bumenfujingli*).

- In der Provinz Shanxi boten einige [Staats-]Unternehmen auf Bezirksebene offen die Aufnahme in die KPCh

gegen eine "Spende" (*juanxian*) von 5.000 Yuan an. Die "Wahl" ins Parteimitgliedschaft wurde für Zahlungen zwischen 10.000 und 50.000 Yuan offeriert.

- Die Staatsbetriebe und Partei- und Regierungsstellen im Bezirk Sanming der Provinz Fujian veröffentlichten folgendes Angebot: Wer Auslandsinvestitionen im Wert von 300.000 Yuan einwirbt, kann in die KPCh aufgenommen werden, ansonsten kostet die Aufnahme in die Partei mindestens 20.000 Yuan. Wer 100.000 Yuan spendet, wird Mitglied im Bezirkskomitee der Politischen Konsultativkonferenz des Chinesischen Volkes. Wer Auslandsinvestitionen in Höhe von 1 Mio. Yuan einwirbt, kann Abteilungsdirektor, Parteilensekretär oder stellvertretender Parteikomiteesekretär werden.

- Staatsunternehmen in Huiyang (Guangdong) und in der Stadt Nanning (Guangxi) boten die Titel eines Parteikomiteesekretärs oder eines Vorstandsvorsitzenden auf Zeit an: Die "Miete" des Postens des Parteikomiteesekretärs kostete für drei Monate 50.000 Yuan und für sechs Monate 80.000 Yuan.

- Die Behörden des Bezirks Changde in der Provinz Hunan verkauften allerlei Empfehlungsschreiben (*jieshaoxin*) und Bescheinigungen (*zhengmingshu*), wobei sich die Preise nach der zeitlichen und räumlichen Gültigkeit der Dokumente und nach der Höhe der bescheinigten Position richteten (Parteimitglied, Parteisekretär, Amtsleiter usw.). -sch-

*(12)

Kader verprassen Unsummen öffentlicher Gelder

1992 sind über 100 Mrd. Yuan an öffentlichen Geldern für Essen, Empfänge und Reisen der Kader ausgegeben worden, berichtete die in Beijing erscheinende juristische Zeitung *Fazhi Ribao* (nach dpa, in SZ, 12.8.93). Dies sind etwa ein Viertel aller Staatsausgaben und mehr als doppelt so viel wie im Staatshaushalt des Jahres 1992 für das Erziehungswesen ausgegeben wurde. Während in China immer noch rund 60 Millionen Menschen Hunger leiden müßten und in vielen Provinzen die Behörden nicht mehr genug Geld hätten, um die Lehrer zu bezahlen, würden sich gierige Kader bei öffent-

lich finanzierten Festessen mit 20 Gängen die Bäuche vollschlagen und sich Dienstreisen auf die tropische Insel Hainan genehmigen, kritisierte die o.g. Zeitung. In den vergangenen Jahren hat die Zentrale mehrfach vergeblich versucht, den Privatvergünstungen der Funktionäre auf Staatskosten Einhalt zu gebieten. Allein 1992 seien 36 Anordnungen hierzu erlassen worden, berichtete die *Fazhi Ribao*, doch trotz aller Verbote habe die Verschwendung von öffentlichen Geldern im Privatinteresse der Kader noch weiter zugenommen. (Ebenda)

Die Zunahme der Verschwendung öffentlicher Gelder für Festessen, Dienstreisen, Geschenke und diverse Vergünstigungen der Kader scheint in der Tat erheblich, wenn man einem Artikel in der Hongkonger Zeitschrift *Jingbao* Glauben schenken darf. Der Autor beruft sich auf eine Untersuchung des Zentralen Amtes für Statistik und der Chinesischen Akademie der Sozialwissenschaften. Danach beliefen sich die Ausgaben der lokalen Partei- und Regierungsorgane sowie der staatlichen Unternehmen und Institutionen für die o.g. Zwecke im ersten Halbjahr 1993 auf rund 110 Mrd. Yuan (sic!). Allein die öffentlichen Bewirtungskosten in Restaurants und Gaststätten der oberen und mittleren Kategorien summieren sich auf 48 Mrd. Yuan. Der Besuch von Discos, Karaoke-Etablissements und Bars kostete die Staatskasse 5 Mrd. Yuan. Geschenke schlugen mit 15 Mrd. Yuan zu Buche, und auf den 18 wichtigsten innerchinesischen Flugstrecken flogen die Kader 8 Mrd. Yuan auf öffentliche Kosten zusammen. (JB, 9/1993, S. 40) -sch-

*(13)

Zahl der Kader und der Verwaltungskosten enorm gestiegen

Die Zahl der in Partei- und Regierungsorganen, Massenorganisationen sowie staatlichen Unternehmen und Institutionen arbeitenden Beamten belief sich 1992 auf rund 35 Mio. (Xinhua, 25.7.93, in SWB, 6.8.93). Das sind fast doppelt so viel wie 1978, als es nur rund 18 Mio. "Kader" gegeben hatte (BRu, 37/1991, S. 26).

Die im Staatshaushalt ausgewiesenen Verwaltungskosten stiegen hingegen im Zeitraum von 1978 bis 1992 um fast das neunfache, nämlich von 4,9 Mrd. Yuan auf 43,1 Mrd. Yuan, während sich die gesamten Staatsausgaben im

gleichen Zeitraum nur vervierfachten. Dementsprechend stieg der Anteil der Verwaltungsausgaben im Staatshaushalt von rund 4,4% im Jahre 1978 auf rund 9,7% im Jahre 1992. (Guojia tongji ju, *Zhongguo tongji zhaiyao* 1993, Beijing 1993, S. 33)

Die im Staatshaushalt ausgewiesenen Verwaltungskosten sind nicht identisch mit den öffentlichen Ausgaben, die von den o.g. staatlichen Einrichtungen verursacht werden. Letztere sollen sich auf rund 40% der gesamten staatlichen Ausgaben belaufen. (Xinhua, 25.7.93, in SWB, 6.8.93) -sch-

Kultur

*(14)

Anmahnung journalistischer Ethik

Anfang August 1993 veranstaltete die ZK-Propagandaabteilung eine Tagung zum Thema "Stärkung der journalistischen Berufsethik". Damit reagierte die Partei auf die unter chinesischen Journalisten angeblich weitverbreitete Praxis, gegen Bezahlung von Betrieben positiv über diese und ihre Produkte zu berichten. Der Leiter der Propagandaabteilung, Politbüromitglied Ding Guan'gen, betonte auf der Konferenz, daß die Journalisten gegenüber der Partei und dem Volk eine hohe Verantwortung tragen und deshalb wirksame Maßnahmen ergriffen werden müßten, um die journalistische Ethik zu stärken und "Nachrichten gegen Bezahlung" (*youchang xinwen*) strikt zu unterbinden. Obwohl das Kontingent der Journalisten nach den Worten Dings im großen und ganzen als gut zu bezeichnen sei, müsse man das Problem sehen, daß unter Journalisten zunehmend gegen die Berufsethik verstoßen würde und Nachrichten gegen Bezahlung verbreitet würden. Ding führte dies auf die Verehrung des Mammon und Korruptionserscheinungen in der Gesellschaft zurück. Bislang seien Nachrichten gegen Bezahlung zwar noch eine Randerscheinung, aber die Gefahr sei ernst, denn sie verderbe die Journalisten, schade dem Ansehen der Presse, beeinträchtige die Qualität der sozialistischen Pressearbeit und störe die Errichtung der neuen Ordnung der sozialistischen Marktwirtschaft. Artikel gegen Bezahlung schreiben und etwas Schlechtes als gut

hinstellen verstoße gegen die Prinzipien Wahrhaftigkeit, Objektivität und Redlichkeit sowie gegen das "Prinzip der Parteilichkeit von Nachrichten". Im sozialistischen China dürfe dies unter keinen Umständen erlaubt sein.

Ding Guan'gen rief die Medien dazu auf, das Vorgehen gegen bezahlte Gefälligkeitsberichte zu einem wichtigen Teil der Reform des Pressewesens zu machen und innerhalb ihrer Einheiten die entsprechenden Vorschriften zu verbessern. Außerdem ermahnte er sie, das "Zirkular betreffend die Stärkung des Aufbaus der Berufsethik der Journalisten und das Verbot von 'Nachrichten gegen Bezahlung'" gewissenhaft durchzuführen. (RMRB, GMRB, 5.8.93)

Dieses Zirkular war wenige Tage vor der Tagung, nämlich am 31.7.93, gemeinsam von der ZK-Propagandaabteilung und der Behörde für das Presse- und Publikationswesen erlassen und an alle Einheiten auf Provinzebene weitergeleitet worden. Darin heißt es, daß in den letzten Jahren unter Journalisten - und zwar sowohl bei Zeitungen und anderen Medien als auch bei einzelnen Journalisten - die unguete Tendenz aufgekommen sei, sich Interviews und Artikel bezahlen zu lassen. Diese Praxis schade dem guten Ruf der Presse und korrumpiere die Journalisten (GMRB, 5.8.93). In dem Zirkular werden folgende Punkte gefordert (ebd.):

1. Die Medien und Journalisten sollen sich an die gute journalistische Tradition halten, an der Richtung festhalten, dem Volk und dem Sozialismus zu dienen, an den Prinzipien Parteilichkeit und Wahrhaftigkeit festhalten, Disziplin und Gesetze befolgen, redlich und rechtschaffen ihre öffentlichen Pflichten erfüllen, gewissenhaft ihre Arbeit versehen und das gute Erscheinungsbild und den guten Ruf der Pressearbeit bewahren.
2. Im Geiste des vom Hauptbüro des ZK und des Staatsrats erlassenen "Zirkulars über das strikte Verbot für Partei- und Regierungsorgane und ihr Personal, bei Amtstätigkeiten Geldgeschenke oder Wertpapiere anzunehmen" dürfen Medien und Journalisten von denen, über die sie Interviews oder Berichte schreiben, keinerlei Geldgeschenke oder Wertpapiere annehmen noch von ihnen Geld oder Geschenke verlangen. Ebenso wenig darf eine